LZ-Rheinland

Artikel vom 28.06.2017 · Ausgedruckt am 14.11.2026, 02:12 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/26-regierung-gegen-pauschales-verbot

26 - Regierung gegen pauschales Verbot



Foto: agrar-press

Eine Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes in Deutschland lässt sich nach Ansicht der Bundesregierung nur auf dem Wege der Forschung und der Weiterentwicklung sinnvoll realisieren. Bei einer Bundestagsdebatte am Donnerstag vergangener Woche wiesen Vertreter von Union und SPD jedoch auch auf die Wichtigkeit der nachhaltigen Anwendung entsprechender Produkte hin, um den Erwartungen der Verbraucher an qualitativ hochwertige Lebensmittel gerecht werden zu können. Anlass der Aussprache war ein Antrag der Grünen, in dem die Fraktion ein vollständiges Verbot bienengefährlicher Insektizide gefordert hatte, der aber von den Regierungsfraktionen erwartungsgemäß abgelehnt wurde. Auch ein Antrag zum Stopp der Marktkonzentration im Agrarmarkt scheiterte an den Stimmen der Koalition. Der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser vom Bundeslandwirtschaftsministerium nannte die von den Grünen geforderten Verbote nicht zielführend. Insektizide müssten nach wie vor dort eingesetzt werden können, wo eine Gefährdung der Bienen nicht zu erwarten oder auszuschließen sei. Strafsteuern auf Pflanzenschutzmittel führten nur zu einer „Verlagerung der Produktion“.